



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN  
ROBERT GRAF  
Zl. 10.101/429-XI/A/1a/88

II-5902 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 22. November 1988

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Leopold GRATZ

Parlament  
1017 Wien

2691 /AB  
1988 -11- 25  
zu 2817/J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage  
Nr. 2817/J betreffend die Kürzung von Mitteln für die Schnee-  
räumung von Bundesstraßen, welche die Abgeordneten Weinberger,  
Dr. Müller, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen am  
20. Oktober 1988 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt  
Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Von meinem Ressort wurden für den Bereich des Winterdienstes  
keinerlei Einsparungsmaßnahmen verfügt. Die in den Tiroler Medien  
angeführten Räumbeschränkungen wurden von meinem Beamten nicht  
erlassen, darüberhinaus ist eine "Verordnung" vom 14.10.1988 in  
dieser Sache nicht ergangen.

Ganz im Gegenteil wurden von mir erstmalig bundeseinheitliche  
Winterdienst-Straßenkategorien geschaffen, welche abhängig vom  
Verkehrsaufkommen und der Verkehrsfunktion Betreuungsstandards  
für Bundesstraßen und - falls sich die Länder anschließen - auch  
Landesstraßen definieren. Die Ämter der Landesregierungen wurden  
daraufhin aufgefordert die Bundesstraßen entsprechend ihrer Wich-  
tigkeit in die jeweilige Kategorie einzuordnen, wobei selbstver-  
ständlich die geographische Lage ebenfalls zu berücksichtigen ist.

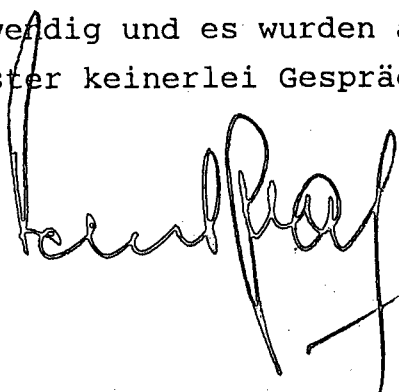
- 2 -

Gerade durch diese Einteilung von Bundesstraßen ist es möglich, den Autofahrer zu informieren, welchen Straßenzustand er bei winterlichen Bedingungen auf verschiedenen Straßen zu erwarten hat. Dies führt sicherlich zu einer bedeutenden Hebung der Verkehrssicherheit.

Hinweisen möchte ich noch, daß dieser festgelegte Standard nur als Mindestanforderung für den Winterdienst erlassen wurde, sodaß örtlich, im Verantwortungsbereich der zuständigen Landesbeamten, bei Bedarf ein höherer Betreuungsstandard angewendet werden kann.

Zu Punkt 2 und 3 der Anfrage:

Ich möchte nochmals betonen, daß es gerade durch die Einführung eines einheitlichen Standards, welcher dem Autofahrer bekanntgegeben werden kann, zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit kommt. Aus diesem Grunde sind keinerlei Begleitmaßnahmen, wie Geschwindigkeitsbeschränkungen notwendig und es wurden auch deshalb mit dem Herrn Verkehrsminister keinerlei Gespräche geführt.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Karl Mayer', written in a cursive style.